

Ja zur Kindergrundsicherung

Mehr Entlastung für Familien – und die Steuerverwaltung

**Weitere Themen****Steuerfahnder-
Seminar: Daten-
schutz darf kein
Täterschutz sein****Gespräch mit dem
Finanzminister von
NRW, Dr. Marcus
Optendrenk**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

für diese Ausgabe des DSTG MAGAZINS haben wir ein Titelthema gewählt, das in der politischen Debatte immer mehr an Bedeutung gewinnt: die Kindergrundsicherung. Fast alle Parteien haben in den letzten Tagen und Wochen über die Notwendigkeit diskutiert, alle Kinder in unserem Land, unabhängig von der finanziellen Situation ihrer Eltern, gleichzustellen und die bisher geltenden verschiedenen finanziellen Fördermöglichkeiten für Kinder zusammenzufassen.

Bereits im Jahr 2019 landete das Thema „Kinder im Steuerrecht“ bei unserem DSTG-Wettbewerb „Top 3 der Steuerungerechtigkeiten“ auf einem der vorderen Plätze, da Gutverdiener über die Kinderfreibeträge im Steuerrecht höher entlastet werden als Geringverdiener Kindergeld erhalten.

Aus meiner Sicht müsste die Kindergrundsicherung so ausgebaut werden, dass die Kinder weitestgehend aus dem Steuerrecht herausgehalten werden. Dies würde auch die Arbeitsbelastung der Steuerverwaltung nachhaltig verringern.

Stichwort Entlastungen: Der Ruf danach ist derzeit wieder allorts von den Lobbyverbänden der Wirtschaft zu hören. Die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in Deutschland sei durch die zu hohe Steuerlast gefährdet. Deshalb seien steuerliche Anreize für Investitionen dringend erforderlich.

Meiner Meinung nach sollten Unternehmen investieren, weil es betriebswirtschaftlich Sinn ergibt und nicht weil steuerliche Erleichterungen locken. Und so unattraktiv kann der Standort Deutschland ja nicht sein, wenn Apple, Google, Microsoft, IBM und Co Milliarden in Deutschland investieren. Das Steuerrecht scheint hier nicht die große Rolle zu spielen, hört man die Aussage von Google-Manager Holfelder: „Der Mix aus einer lebendigen Start-up-Szene, DAX-Konzernen und erstklassigen Hochschulen macht den Standort so attraktiv.“

Umso mehr bin ich gespannt, was in den verschiedenen Gesetzen, an denen die Politik derzeit arbeitet, enthalten sein wird. Ihre Namen klingen vielversprechend: Steuerfairnessgesetz, Wettbewerbsstärkungsgesetz, Zukunftsfinanzierungsgesetz oder Mindeststeuergesetz.

Insgesamt sieht es also nach einem ereignisreichen Frühling im Steuerrecht aus. Wir dürfen gespannt sein, welche Veränderungen uns in Zukunft erwarten und hoffen, dass die Politik dabei auch an diejenigen denkt, die die neuen Rechtsvorschriften umsetzen müssen.



Florian Köbler,
Bundesvorsitzender



DSTG

Angestrebte Kindergrundsicherung der Bundesregierung: Ja zur Kindergrundsicherung, nein zum Kinderfreibetrag	4
Gespräch mit dem Finanzminister von NRW, Dr. Marcus Optendrenk: Mit ungewöhnlichen Ideen Nachwuchs werben	6
Begegnungen: Gespräche über die Zukunft der Steuerverwaltung und vereinfachte Steuerregeln	8
Steuerfahnder-Seminar der DSTG	10
DSTG-Bundesfrauenvertretung ermutigt zu mehr finanzieller Selbstständigkeit	12
Einkommensrunde 2023	13
DSTG-Bundesseniorenvertretung: Einsamkeit im Alter – Aktivität und Teilhabe können vorbeugen	14
Nachgefragt bei ... Oliver Thies	15
Tauschcke	16

DBB

EINKOMMENSRUNDE 2023 Tarifverhandlungen gehen in die Schlichtung	17
Tausende Beschäftigte protestierten für höhere Einkommen und berufliche Perspektiven	18
EINKOMMENS POLITIK Inflationsprämien: Einkommensverlust für Beschäftigte	22
INTERVIEW Manne Lucha, Minister für Soziales, Gesundheit und Integration in Baden-Württemberg	25
DOSSIER INKLUSION Inklusion am Arbeitsplatz: Wir machen den Weg frei!	27
ZOOM Begriffsbestimmung: Was bedeutet eigentlich Inklusion?	28
ONLINE Onlinezugangsgesetz: Digitale Bürgerdienste in weiter Ferne	29
BILDUNG Kostenlose Online-Lernplattform: Weiterbildung mit dem eGOV-Campus	32
SOZIALWAHL Sozialwahlen 2023: Der dbb stellt sich zur Wahl	34
JUGEND Bundesjugendausschuss: Schutzkonzept und rote Karten	36
DOSSIER INKLUSION Kommune Inklusiv: Inklusion geht alle Menschen an	40
FRAUEN Hauptversammlung der dbb bundesfrauenvertretung: Einkommens- und Arbeitsbedingungen im Fokus	42
GEWERKSCHAFTEN	44